

Streit ums Netz

Geht es um die Stromversorgung und den Klimaschutz, dann steht meist die Produktion von Strom im Rampenlicht. Umweltverbände und Verbraucherorganisationen verweisen aber schon seit Jahren auf einen wichtigen Baustein für die Erneuerung der Energieversorgung: Die Stromverteilernetze. Was bislang eher eine Fachbebatte war, hat E.ON mit seiner überraschenden Ankündigung, die Übertragungsnetze verkaufen zu wollen, auf die politische Agenda gesetzt.

Als E.ON, die Nummer Eins unter den Stromkonzernen in Deutschland, Ende Februar 2008 Verkaufspläne für seine 10.600 Kilometer Übertragungsnetze und einen Teil seiner Kraftwerkskapazitäten bekannt gab, sorgte das für erheblichen Wirbel. Während Verbraucherschutzorganisationen den überraschenden Schritt begrüßten, fühlte sich die Bundesregierung verraten. Was war passiert? E.ON steht unter Druck, weil die Europäische Kommission mehrere Kartellrechtsverfahren gegen den Düsseldorfer Stromgiganten betreibt. Hohe Strafen wegen Monopolbildung wollte der Konzern aber unbedingt vermeiden. Dieser Druck führte nun zu einem Deal zwischen E.ON und der Kommission, der vorsieht einige E.ON-Unternehmensteile z.B. die Netze auszugliedern, um eine Einstellung der laufenden Verfahren zu erreichen.

Ein Affront für die Bundesregierung und allen voran die Kanzlerin. Denn sie hatte bislang unermüdlich die Stromkonzerne gegen das Bestreben der Kommission unterstützt, die Stromproduktion und den Netzbetrieb voneinander zu trennen. Gemeinsam mit anderen europäischen Staaten wie Frankreich wollte sie das Modell des „voll integrierten“ Unternehmens verteidigen. Die Kontrolle über die Netze wurde bislang als die Machtbasis der jeweiligen „nationalen“ Großkonzerne gesehen, um die dominante Position im Strommarkt abzusichern. Doch offenbar hat sich die politische Ökonomie der Stromwirtschaft verändert: Aus Sicht der Stromkonzerne hat sich der Wert und die Bedeutung der Stromnetze deutlich verringert.

Mit Höchstspannung zu Rekordprofiten

Jahrelang hatten die Energiekonzerne mit den Stromautobahnen milliardenschwere Extraprofite gemacht und kaum in die Übertragungsnetze investiert. Allein 2006 betrugen die Einnahmen der Energieversorger aus den Netzegebühren über 21 Milliarden Euro, investiert wurde aber nur ein Zehntel davon. Möglich war diese Abzocke der KundInnen u.a. weil die Bundesrepublik als einziges EU-Land trotz des liberalisierten Strommarkts auf eine Regulierung der Netzentgelte verzichtet hatte. Erst nach der lange überfälligen Umsetzung einer EU-Richtlinie zur Einführung einer staatlichen Entgeltkontrolle senkte die Bundesnetzagentur im vergangenen Jahr die Netzentgelte. Nun wird den

Stromriesen nur noch eine Rendite von rund 7,5 Prozent zugestanden. Aus Sicht der Konzerneigentümer viel zu wenig, da die Vorstände bei anderen Unternehmensteilen von durchschnittlichen Renditen um 15 Prozent ausgehen.

Stromnetz bedeutet im übrigen nicht gleich Stromnetz. Das Netz hat insgesamt in Deutschland eine Länge von knapp 1,7 Millionen Kilometern. Die Transport- und Verteilsysteme sind dabei für unterschiedliche Zwecke in vier Spannungsebenen gegliedert - vergleichbar mit dem Straßennetz: Es gibt „Autobahnen“ (Höchstspannungs- oder Fernübertragungsnetz), „Bundesstraßen“ (Hochspannungsnetz), „Landstraßen“ (Mittelspannungsnetz) und „Ortsstraßen“ (Niederspannungsnetz). Den weitaus größten Teil des Netzes macht - mit einer Länge von mehr als einer Million Kilometern - das Niederspannungsnetz oder auch Verteilnetz aus. Es wird von rund 900 Stadtwerken und kommunalen Versorgern betrieben. Nur 40.000 Kilometer entfallen auf das Höchstspannungsnetz, über das auch der Handel mit dem Ausland abgewickelt wird. Dieses Fernübertragungsnetz soll nach dem Willen der EU-Kommission von den Konzernen abgetrennt werden - auch „Entflechtung“ oder „Unbundling“ genannt. In Deutschland teilen sich das Fernübertragungsnetz bisher E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall. Während das Netz von E.ON von Nord nach Süd verläuft, konzentriert sich Vattenfall auf den Osten, RWE auf den Westen und EnBW auf den Südwesten.

Der Betrieb des Stromnetzes war für die Konzerne in den letzten Jahren eine lukrative Profitquelle. Seit der Liberalisierung der Strommärkte Ende der 80er Jahre haben die Konzerne nur noch dann in die Netze investiert, wenn gefährliche Engpässe drohten oder bereits Schäden entstanden waren. Inzwischen sind die Netze Schrott und gefährden die Versorgungssicherheit. Die 220 kV-Leitungsmasten sind im bundesweiten Mittelwert am Ende ihrer Nutzungsdauer angelangt, ebenso die Transformatoren. Das belegt ein Bericht der Bundesnetzagentur von Januar 2008. Laut Bericht sind 220 kV-Masten im bundesweiten Durchschnitt knapp 50 Jahre alt, die 380 kV Masten und Transformatoren rund 30 Jahre alt. Jetzt, wo die Entgelte reguliert werden und die Konzerne um hohe Investitionen für den notwendigen Netzausbau nicht mehr herumkommen, versucht der Energieriese E.ON die Netze abzustoßen. Auch Vattenfall erwägt, sich eventuell von seinem Stromnetz zu trennen.

Die Stromriesen blockieren zunehmend den Ausbau der erneuerbaren Energien mit ihrer bisherigen Kontrolle der Stromnetze. So mussten in Schleswig-Holstein im Januar und Februar dieses Jahres mehrfach für längere Fristen Windkraftwerke abgeschaltet werden, weil E.ON behauptete, dass das Stromnetz die Kapazitäten nicht mehr aufnehmen könne. Während E.ON mit seinen Atom- und Kohlekraftwerken weiter Kasse machte, mussten die Ökostromproduzenten erhebliche Einnahmeverluste hinnehmen. Schon seit Jahren verschleppen E.ON und die anderen Konzerne den längst fälligen Ausbau der Netze, um den wachsenden Ökostromanteil bundesweit aufnehmen und verteilen zu können. Und je mehr regenerativer und dezentral erzeugter Strom in den nächsten Jahren hinzukommt, umso mehr wird die Kontrolle und Untätigkeit der Stromriesen auch zum Problem für den Klimaschutz.

Strategien der Globalisierung

Ziel der EU-Kommission bei der „Entflechtung“ von Produktion und Netz, das so genannte „Unbundling“, ist vorgeblich die Schaffung von mehr Wettbewerb im EU-Binnenmarkt. Als Konsequenz davon verspricht die Kommission sinkende Stromkosten für Industrie und Haushalte. Dass die Strommarktliberalisierung bereits in der Vergangenheit in dieser Hinsicht nicht erfolgreich war, ficht die Kommission nicht an. Denn im Gegenteil - die Preise steigen. Energie-Kommissar Andris Piebalgs plant aktuell mit einer neuen EU-Richtlinie, dem dritten Energiepaket, die europäischen Strommärkte weiter zu liberalisieren. In diesem Kontext wird die „Entflechtung“ vorangetrieben. Dabei stieß er auf hartnäckigen Widerstand der Bundesregierung und der Konzerne. Aufgrund des Gegendrucks einiger anderer Staaten forcierte die Wettbewerbskommissarin Nelie Kroes daraufhin die Kartellverfahren – quasi Plan B, um den Druck auf die Konzerne zu erhöhen. Es wäre nun zu kurz gegriffen, E.ON quasi als Verlierer in der Auseinandersetzung mit der Kommission anzusehen. Denn dass die Kommission mit ihrer Anti-Kartell-Politik gegen die Marktmacht der Konzerne vorgeht, wie häufig zu lesen war, ist bei genauerem Hinsehen nur die halbe Wahrheit.

Denn jenseits der Wettbewerbsrhetorik verfolgt die Kommission die Strategie durch die weitere Liberalisierung transnationale Fusionen und Aquisitionen zu erleichtern und somit aus „nationalen Champions“ „Euro-Champions“ und schließlich starke Global Player werden zu lassen. Statt des ominösen „Wettbewerbs“ nimmt die Konzentration zu – was schließlich exakt das Ziel ist. Zur Zeit gibt es noch etwa 10 große Stromkonzerne in der EU – viele Prognosen gehen davon aus, dass es in wenigen Jahren nur noch fünf sein könnten. Bei genauem Hinschauen zeigt sich also, dass die Ziele von EU und Bundesregierung gar nicht so verschieden sind. Beide wollen international agierende Global Player – lediglich über den Weg dorthin, also mittels entflochtener oder vollintegrierter transnationaler Konzerne, gibt es Differenzen.

Für diese neue Ausrichtung als Global Player ist E.ON nun bereit, das Stromnetz aufzugeben. Im Gegenzug erwartet der Konzern die Zustimmung der Kommission für die weitere Expansion. E.ON plant die Übernahme von bedeutenden Stromerzeugungskapazitäten in Spanien, Italien und Frankreich sowie in Polen und der Türkei und braucht dafür die Zustimmung der EU-Kommission.

Stromnetze demokratisch kontrollieren!

Die konkreten Zukunftspläne für die E.ON-Netze sind noch in der Schwebelage. „Es gibt mehrere Interessenten“, heißt es inoffiziell bei E.ON. Als Käufer der Stromnetze kommen vor allem Investoren in Frage, die an einer niedrigen, aber stabilen Rendite interessiert sind. Das könnten zum Beispiel Finanzinvestoren wie Pensionsfonds sein oder Infrastrukturfonds, die Gelder sicher und langfristig anlegen wollen. Interesse hat auch Gazprom signalisiert. Zuletzt hatte E.ON die Variante einer einheitlichen bundesweiten privaten Netz AG ins Spiel gebracht, die die Netze der großen vier Energiekonzerne zusammenführt.

Mit Blick auf die Energiewende und den Klimaschutz ist die Übernahme der Netze durch die öffentliche Hand von großer Bedeutung. Doch davon will Angela Merkel nichts wissen. Der Bund der Energieverbraucher, der Bundesverband der Verbraucherzentralen, die Linkspartei, die Jusos, die Grüne Jugend, Attac und auch ROBIN WOOD fordern aber genau das. So spricht sich Hermann Scheer, SPD-Bundestagsabgeordneter und Gründer von EUROSOLAR, für ein gemeinsames Bund-Länder-Unternehmen aus. Attac will hingegen eine stärkere demokratische Kontrolle. Welche konkreten Formen dafür in Frage kämen, ist Gegenstand der nun beginnenden Auseinandersetzung. Ob das Aufsichtsgremium eines öffentlichen Netzunternehmens auf Länderebene aus von BürgerInnen gewählten VertreterInnen besteht oder ob ein so genanntes „stakeholder“-Unternehmen besser wäre, bei dem Verbraucherschützer, Sozial- und Umweltverbände mit im Aufsichtsrat sitzen – verschiedene Möglichkeiten sind denkbar. Klar ist aber: für eine soziale und sichere Stromversorgung und eine tatsächliche Energiewende ist die demokratische Kontrolle einer öffentlichen Netzinfrastruktur ein wichtiger Faktor.

Alexis Passadakis ist Politikwissenschaftler und im Koordinierungskreis von Attac Deutschland. Er ist aktiv in der Kampagne gegen die Stromkonzerne

Weitere Infos:

www.attac.de/energiekonzerne

www.stromnetze-demokratisch-kontrollieren.de